"Der Berliner Senat muss alles tun, um Fahrverbote zu vermeiden."

15.03.19

"Der Berliner Senat muss alles tun, um Fahrverbote zu vermeiden."

Zur heutigen Zustimmung des Bundesrates zu einem Gesetz des Bundestages, das Diesel-Fahrverbote für unverhältnismäßig erklärt, sofern geltende Grenzwert nur geringfügig überschritten werden, erklärt UVB-Hauptgeschäftsführer Christian Amsinck:

„Fahrverbote sind ein schwerer Eingriff in den Wirtschaftsverkehr. Sie müssen verhältnismäßig sein, das haben nun der Bund mit der Gesetzesänderung und zuvor bereits die Europäische Union deutlich gemacht. Bis zu einem Stickoxid-Wert von 50 Mikrogramm ist es unverhältnismäßig, Diesel-Fahrzeuge auszusperren. Wir erwarten, dass der Senat die neuen Möglichkeiten nutzt und alles tut, um Fahrverbote zu vermeiden. Für die Unternehmen wären Einschränkungen der Mobilität schädlich und teuer. Auch die Umwelt würde leiden, denn Streckensperrungen bedeuten wegen der Umfahrungen höhere Belastungen und nicht weniger.“

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Ihr Ansprechpartner zum Thema Verkehrspolitik

Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik

Burkhard

Rhein

Telefon:
+49 30 31005-117

Telefax:

+49 30 31005-240

E-Mail:
Rhein [at] allgemeiner-verband.de

Download VCF

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] allgemeiner-verband.de

Download VCF